

## HERAUSFORDERUNGEN FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE ERZIEHUNGSBERATUNG

Heiner Keupp

Vortrag bei der Feier aus Anlass des 60jährigen Bestehens der Familien-, Jugend- und Erziehungsberatung der Landeshauptstadt München am 28.10.2008

Den Anlass eines Jubiläums kann man nutzen, um eine (Erfolgs-)Geschichte zu erzählen, aber natürlich auch, um einen Blick in die absehbare Zukunft zu werfen. Ich will mich an der zweiten Perspektive versuchen, wohl wissend, dass Zukunftsprognosen für die Beratungsarbeit zu stellen, gegenwärtig besonders schwer ist. Die „neue Unübersichtlichkeit“, die Jürgen Habermas bereits Mitte der 80er Jahre diagnostiziert hatte, hat sich nicht in eine „neue Klarheit“ verwandelt und uns wird zunehmend bewusst, dass die goldenen Jahre, die mit der Aufbauphase nach dem 2. Weltkrieg begonnen haben, vorbei sind und damit sind auch unsere sicheren Deutungsmuster für die absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen verloren gegangen.

Ja, uns wird zunehmend bewusst, dass die goldenen Jahre, die mit der Aufbauphase nach dem 2. Weltkrieg begonnen haben, vorbei sind und damit sind auch unsere sicheren Deutungsmuster für die absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen verloren gegangen. Die Welt, in der wir zu handeln haben, ist von einer Wandlungsdynamik geprägt, die in ihrem vollen Umfang und in ihren Konsequenzen nur in Fragmenten wahrgenommen werden kann. Eine solche Situation trifft auch den Beratungsbereich, und zwar in doppelter Weise: Einerseits gerät das institutionelle Gefüge der Sozialpolitik, das eine zentrale Förderbedingung für die „goldenen Jahre“ auch der Erziehungsberatung war, in den Veränderungsstrudel hinein und immer mehr wird gefragt, welche positiven Qualitätsmerkmale der Beratungsboom wirklich hervorgebracht hat, um sie als zukunftsfähig formulieren und verteidigen zu können. Andererseits verändert sich auch die „Nachfrageseite“ dramatisch. Die gesellschaftlichen Umbrüche hinterlassen notwendigerweise ihre Spuren in den Familien, in den Biographien und führen vor allem zu der Frage nach zukunftsfähigen Lebensformen, auf die hin Erziehungsberatung ihre Angebotsprofile ausrichten könnte. Ist die Erziehungsberatung so aufgestellt, dass sie sie Aufgaben übernehmen kann, die auf sie zukommen? Wenn man die öffentlichen Diskurse verfolgt, die sich auf Heranwachsende und ihre Familien beziehen, dann wären die Herausforderun-

gen schnell benennbar: Zu bearbeiten ist ein Erziehungsnotstand und die Familien müssen einem guten Monitoring unterzogen werden, weil gerade für die Kleinkinder Vernachlässigung und Gewalt drohen. Zu solchen Themen muss sich Erziehungsberatung positionieren. Die Frage bleibt, ob davon ihre Zukunftsfähigkeit abhängt.

Die geistige „Lufthoheit“ zu Fragen von Erziehung haben seit einigen Jahren eindeutig die Verkünder von Katastrophen und Endzeitstimmung übernommen. Da geht dann schnell nicht nur die Weltwirtschaft den Bach runter, sondern der „Untergang des Abendlandes“ wird dann auch an Kindern und Familien festgemacht. Die Trauergesänge, die zur Krise Erziehung angestimmt werden, sind bestsellerartig in die Buchhandlungen eingezogen. Autoren sind die Journalisten wie Petra Gerster und Christian Nürnberger, Susanne Gaschke und Susanne Mayer, der Pädagoge aus Salem, Bernhard Bueb, und - im Augenblick besonders vernehmlich - der Notsstandsverkünder und Kinderpsychiater Michael Winterhoff. Für ihn sind die meisten Kinder in Deutschland gestört, in ihren körperlichen Fähigkeiten, ihrer sprachlichen Entwicklung, ihrem Sozialverhalten. Sie bewegten sich kaum noch, ihr schulisches Leistungsniveau sinke. Als Verursacher der Defekte macht Winterhoff Lehrer, Erzieher, aber vor allem die Eltern aus. Weil sie Konflikte scheuten und keine Grenzen mehr setzten, verhinderten sie, dass die Kinder altersgerecht heranreiften. Bei 70 Prozent entdeckt der Autor gar pathologische Züge. Wenn diese Kinder – Winterhoff nennt sie »Monster« – erwachsen würden, bedrohten sie »die Existenz unserer friedlich zusammenlebenden Gesellschaft«. Solche mehr oder weniger schwer erträgliche Bücher sollte man als das ernst nehmen: Sie stehen für das Problem, zu dem sie selbst keine zukunftsorientierten Antworten haben, aber zu sie selbst gehören. Im Zuge eines grundlegenden gesellschaftlichen Strukturwandels verändern sich nicht nur die Alltagswelten, sondern auch die Kompetenzprofile, die Menschen und vor allem Heranwachsende brauchen, um ihr Leben in die eigene Regie nehmen zu können.

Professionen der psychosozialen Arbeit sind mit ihrem Arbeitsauftrag in aller Regel auf Personengruppen fokussiert, die Probleme haben, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Das liefert uns eine Existenzberechtigung und Arbeit genug. Dabei sollten wir aber tunlichst vermeiden, die fachliche Orchestrierung der angesprochenen Untergangsgesänge zu übernehmen. Es gibt gute Gründe, genau hinzuschauen und zu differenzieren. Martin Spiewak (© DIE ZEIT, 01.10.2008 Nr. 41) hat kürzlich in einem lesenwerten Beitrag vor einer Panikmache in Bezug auf die heranwachsende Generation gewarnt. Er kommt auf der Grundlage belastbarer Daten zu folgenden Aussagen:

- ◆ Kinder von heute leben gesünder (Bezug: KIGGS-Daten)

- ◆ Kinder sind schlauer als früher
- ◆ Kinder leben heute sicherer
- ◆ Die Kleinfamilie ist nicht tot zu reden
- ◆ Eltern erziehen – aber anders
- ◆ Die Renaissance der Jugend-Tugend

Spiewak kommt dann zu der Schlussfolgerung: „Zu keiner anderen Zeit ging es der Mehrzahl der Kinder in diesem Land so gut wie heute, widmeten sich Eltern so intensiv ihrem Nachwuchs, lebten die Generationen so harmonisch zusammen wie im Jahr 2008. Vergleicht man die Lebensumstände von Familien mit denen von vor zwanzig oder fünfzig Jahren, so hat sich enorm viel verbessert“. Das mag man als den Teil I der Wahrheit ansehen, den Teil II vermag der Autor durchaus auch zu sehen und zu benennen: „Eine Gruppe profitiert kaum von den Fortschritten bei Bildung und Gesundheit, dem Zugewinn an Sicherheit und Lebenschancen – die Kinder am unteren Rand der Gesellschaft, die Familien, in denen sich Armut, Arbeitslosigkeit und Vernachlässigung ballen. Dort gibt es tatsächlich Neuntklässler, die laut Pisa-Test gerade einmal auf Grundschulniveau lesen und rechnen können; Jugendliche, die morgens nicht aus dem Bett zur Schule kommen, weil der arbeitslose Vater bis mittags schläft; Migrantenkinder, deren Eltern versuchen, ihre bröckelnde Autorität mit Schlägen wiederherzustellen. Ein Viertel bis ein Fünftel aller Kinder gehört zu dieser Risikogruppe, bei denen die herkömmlichen Instrumente von Schule und Sozialarbeit immer häufiger versagen.“

Die KiGGS-Befunde geben dieser salopp formulierten Einschätzung eine solide empirische Fundierung:

#### KiGGS konnte zeigen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien...

- häufiger von Übergewicht und Adipositas betroffen sind
- häufiger zu den Rauchenden gehören
- weniger gestillt wurden
- seltener regelmäßig Sport treiben
- mehr Freizeit vor dem Bildschirm verbringen
- sich seltener die Zähne putzen
- häufiger Verhaltensauffälligkeiten zeigen
- häufiger psychische Probleme und Essstörungen haben
- in einem ungünstigeren Familienklima aufwachsen
- geringere personale, soziale und familiäre Ressourcen besitzen
- eine höhere Gewaltbelastung aufweisen
- die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen seltener wahrnehmen
- häufiger Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) haben
- häufiger Mütter haben, die während der Schwangerschaft geraucht haben

Diesen beiden Wahrheiten ist Rechnung zu tragen, allen katastrophischen Deutungen ist eine empiriegestützte nüchterne Bilanz aufzumachen. Und die zeigt uns erst einmal, dass etwa 80% der Heranwachsenden gut ins Leben finden. Haben wir eigentlich genug Wissen darüber, wie sie das schaffen? Aber diese Frage wird kaum gestellt, vielmehr wird ein sorgenvoller Blick auf die Welt und die Lebenswelt von Heranwachsenden vor allem von einer soziokulturellen Grundstimmung gespeist: Wir sind mit einer erkennbaren allgemeinen großen Verunsicherung konfrontiert, die sich durch Gesellschaft und Politik zieht, und sie stimuliert gegenwärtig nicht die Suche nach vorwärts gerichteten Lösungen oder gar motivierende Utopien, sondern aktiviert die Sicherheitsbedürfnisse. Eine wohlfahrtsstaatlich orientierte Reformgesellschaft hat sich in eine „Sicherheitsgesellschaft“ verwandelt, von der auch die Erziehungsberatung betroffen ist, vor allem wenn es um die Frage geht, welchen Beitrag die Jugendhilfe leisten könnte, um die Vernachlässigung, den Missbrauch oder gar die Tötung von Kindern zu verhindern. Die Frage will ich auf keinen Fall bagatellisieren, aber sie überlagert im Augenblick alle Suchbewegungen, die sich um Lösungen für eine nachhaltige Förderung von Lebenskompetenzen Heranwachsender bemühen. Da ich im Rahmen der Berichtskommission, die gerade am 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung arbeitet, mit diesen Themen sehr politiknah beschäftigt bin, will ich Ihnen darüber meine Sicht vermitteln. Im Berichtsauftrag heißt es: „Der Kinder- und Jugendbericht soll das Spektrum von gesundheitsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung der Kinder- und Jugendhilfe aufarbeiten.“ Prävention heißt, etwas Unerwünschtes zu verhindern und Gesundheitsförderung zielt darauf, etwas zu ermöglichen. Aus dieser Differenz muss man keinen Widerspruch konstruieren, aber die Frage der Prioritätensetzung stellt sich auf jeden Fall!

## SPÄTMODERNE GESELLSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Im globalisierten Kapitalismus vollziehen sich dramatische Veränderungen auf allen denkbaren Ebenen und in besonderem Maße auch in unseren Lebens- und Innenwelten. Anthony Giddens (2001), einer der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnostiker, hat folgende Diagnose gestellt: „Die wichtigste der gegenwärtigen globalen Veränderungen betrifft unser Privatleben – Sexualität, Beziehungen, Ehe und Familie. Unsere Einstellungen zu uns selbst und zu der Art und Weise, wie wir Bindungen und Beziehungen mit anderen gestalten, unterliegt überall auf der Welt einer revolutionären Umwälzung. (...) In mancher Hinsicht sind die Veränderungen in diesem Bereich komplizierter und beunruhigender als auf allen anderen Gebie-

ten. (...) Doch dem Strudel der Veränderungen, die unser innerstes Gefühlsleben betreffen, können wir uns nicht entziehen“ (S. 69). Globalisierung verändert also den Alltag der Menschen in nachhaltiger Form und damit auch ihre psychischen Befindlichkeiten (vgl. Hantel-Quitmann & Kastner 2004).

Es sind vor allem folgende Erfahrungskomplexe, die mit diesem gesellschaftlichen Strukturwandel verbunden sind und die eine Mischung von Belastungen, Risiken und auch Chancen beinhalten für Heranwachsende und Erwachsene, aber genau in dieser Mischung eine hohe Ambivalenz implizieren:

- Wir erleben, erleiden und erdulden eine Beschleunigung und Verdichtung in den Alltagswelten, die zu dem Grundgefühlen beitragen, getrieben zu sein, nichts auslassen zu dürfen, Immer auf dem Sprung sein zu müssen, keine Zeit zu vergeuden und Umwege als Ressourcenvergeudung zu betrachten. Verkürzte Schulzeiten, Verschulung des Studiums, um den jung-dynamischen „Arbeitskraftunternehmer“ möglichst schnell in die Berufswelt zu transportieren oder die Reduktion der Lebensphasen, in denen man als produktives Mitglied der Gesellschaft gelten kann, erhöhen permanent den Beschleunigungsdruck.
- Wir spüren die Erwartungen, ein „unternehmerisches Selbst“ (Bröckling 2007) zu werden, das sein Leben als eine Abfolge von Projekten sieht und angeht, die mit klugem Ressourceneinsatz optimal organisiert werden müssen. Auch staatliches Handeln, nicht zuletzt im Bereich der Sozialpolitik, setzt immer stärker auf das individuelle Risikomanagement anstelle von kollektiver Daseinsvorsorge. Ich bin für meine Gesundheit, für meine Fitness, für meine Passung in die Anforderungen der Wissensgesellschaft selbst zuständig – auch für mein Scheitern. Nicht selten erlebt sich das angeblich „selbstwirksame“ unternehmerische Selbst als „unternommenes Selbst“ (Freitag 2008).
- Eine Deregulierung von Rollenschemata, die einerseits als Gewinn an selbstbestimmter Lebensgestaltung verstanden wird, die aber andererseits in die Alltagswelten eine Unsicherheit hineinträgt, die nicht immer leicht akzeptiert und ertragen werden kann. Die Erfahrung der allenthalben erlebten Enttraditionalisierung ist nicht selten ein Antrieb für die Suche nach Verortung in fundamentalistischen Weltbildern.
- Die Arbeit an der eigenen Identität wird zu einem unabschließbaren Projekt und erfordert. Fertige soziale Schnittmuster für die alltägliche Lebensführung verlieren ihren Gebrauchswert. Sowohl die individuelle Identitätsarbeit als auch die Herstellung von gemeinschaftlich tragfähigen Lebensmodellen

unter Menschen, die in ihrer Lebenswelt aufeinander angewiesen sind, erfordert ein eigenständiges Verknüpfen von Fragmenten. Bewährte kulturelle Modelle gibt es dafür immer weniger. Die roten Fäden für die Stimmigkeit unserer inneren Welten zu spinnen, wird ebenso zur Eigenleistung der Subjekte wie die Herstellung lebbarer Alltagswelten. Menschen in der Gegenwart brauchen die dazu erforderlichen Lebenskompetenzen in einem sehr viel höheren Maße als die Generationen vor ihnen.

- All die Anstrengungen allzeit fit, flexibel und mobil zu sein, sind nicht nur als Kür zu betrachten, sondern sie werden von der Angst motivational befeuert, nicht dazu zu gehören. Wir führen gegenwärtig eine höchst relevante Fachdiskussion um das Thema Exklusion und Inklusion. Vom „abgehängten Prekariat“ spricht die Friedrich-Ebert-Stiftung, von den „Ausgegrenzten der Moderne“ Zygmunt Bauman (Bauman 2005). Die Sorge, nicht mehr gesellschaftlich einbezogene, gefragt und gebraucht zu werden, bestimmt viele Menschen und sie sind deshalb oft bereit, sich an Bedingungen anzupassen, die ihnen nicht gut tun.
- Die Suche nach sicheren Bezugspunkten für einen gesichertes Fundament für ihre Alltagsbewältigung wird noch verstärkt, durch die Entwicklung hin zu einer „Sicherheitsgesellschaft“, die die defensive Variante des Ordnungsraumes der Moderne darstellt: Diese hatte und hat den Anspruch, alles Unberechenbare, Uneindeutige, Ambivalente, Fremde und Störende zu beseitigen und eine berechenbare und eindeutige Welt geschaffen. Auch wenn dieser Traum dieser Moderne nur noch selten in naiver Emphase vorgetragen wird, es gibt ihn noch und die Sicherheitsgesellschaft lebt davon. Sie will möglichst Risiken eliminieren und verstärkt dafür ihre Sicherheitssysteme. Schäubles Gesellschaftsbild kann man so einordnen.
- Die Landnahme des Kapitalismus hat längst in unseren alltäglichen und beruflichen Welten stattgefunden. Inzwischen hat uns die Monetarisierung, die Ökonomisierung oder die „Vertriebswirtschaftlichung“ voll erreicht und Qualität scheint nur noch in Geldwert ausgedrückt zu werden.

Diese Alltagserfahrungen werden in den sozialwissenschaftlichen Gegenwartsanalysen aufgegriffen und auf ihre strukturellen Ursachen bezogen.

An den aktuellen Gesellschaftsdiagnosen hätte Heraklit seine Freude, der ja alles im Fließen sah. Heute wird uns ein „fluide Gesellschaft“ oder die „liquid modernity“ (Bauman 2000) zur Kenntnis gebracht, in der alles Statische und Stabile zu verabschieden ist.



Wenn wir uns der Frage zuwenden, welche gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen die alltäglichen Lebensformen der Menschen heute prägen, dann kann man an dem Gedanken des „disembedding“ (Giddens 1997, S. 123) oder der Enttraditionalisierung anknüpfen. Dieser Prozess lässt sich einerseits als tiefgreifende Individualisierung und als explosive Pluralisierung andererseits beschreiben. Diese Trends hängen natürlich zusammen. In dem Maße, wie sich Menschen herauslösen aus vorgegebenen Schnittmustern der Lebensgestaltung und eher ein Stück eigenes Leben gestalten können, aber auch müssen, wächst die Zahl möglicher Lebensformen und damit die möglichen Vorstellungen von Normalität und Identität. Klar ist, dass die Grenzüberschreitungen nicht mehr das Devianzproblem darstellen, sondern sie beginnen zur Normalerfahrung unserer globalisierten Netzwerkgesellschaft zu werden. Andererseits sind die Freiheiten des einzelnen nicht grenzenlos. Er muss seine Grenzen selbst einziehen, er muss Grenzmanagement betreiben und dabei gibt es die neuen normativen Eckpunkte der (Hyper-) Flexibilität, der Fitness und der Mobilität, die nicht strafflos vernachlässigt werden dürfen. Als ein weiteres Merkmal der „fluiden Gesellschaft“ wird die zunehmende Mobilität benannt, die sich u.a. in einem häufigeren Orts- und Wohnungswechsel ausdrückt. Die Bereitschaft zu diesen lokalen Veränderungen folgt vor allem aus der Logik der Arbeitsmärkte, die ein flexibles Reagieren auf veränderte Marktbedingungen erfordert und die immer weniger beständige Betriebszugehörigkeiten sichert. Der „flexible Mensch“ (wie ihn Sennett 1998 beschrieben hat) – so jedenfalls die überall verkündete Botschaft – muss sich von der Idee der lebenslangen Loyalität gegenüber einer Firma lösen, er muss sich in sei-

nem Arbeitsmarktverhalten an die ökonomisch gegebenen Netzwerkstrukturen anpassen. Das ist die Botschaft der vom einzelnen geforderten geistigen, seelischen und körperlichen „Fitness“: Sei bereit, dich auf alles einzulassen! Auch aus diesem Diskurs werden Heranwachsende von der Botschaft erreicht, dass sie bislang gesetzte Grenzen überschreiten können, ja müssen, wenn sie erfolgreich an dem gesellschaftlichen Wettbewerb um Chancen und Macht beteiligt sein wollen.

Die identitäre Selbstverortung von Heranwachsenden findet genau in einer solchen Welt der zunehmenden Entgrenzung und Auflösung traditioneller Lebenswelten und ihrer Einbettungsmöglichkeiten statt. Wie könnte man die Aufgabenstellung für die alltägliche Identitätsarbeit formulieren? Hier meine thesenartige Antwort: Im Zentrum der Anforderungen für eine gelingende Lebensbewältigung stehen die Fähigkeiten zur Selbstorganisation, zur Verknüpfung von Ansprüchen auf ein gutes und authentisches Leben mit den gegebenen Ressourcen und letztlich die innere Selbstschöpfung von Lebenssinn. Das alles findet natürlich in einem mehr oder weniger förderlichen soziokulturellen Rahmen statt, der aber die individuelle Konstruktion dieser inneren Gestalt nie ganz abnehmen kann. Es gibt gesellschaftliche Phasen, in denen die individuelle Lebensführung in einen stabilen kulturellen Rahmen "eingebettet" wird, der Sicherheit, Klarheit, aber auch hohe soziale Kontrolle vermittelt und es gibt Perioden der "Entbettung", in denen die individuelle Lebensführung wenige kulturelle Korsettstangen nutzen kann bzw. von ihnen eingezwängt wird und eigene Optionen und Lösungswege gesucht werden müssen. Gerade in einer Phase gesellschaftlicher Modernisierung, wie wir sie gegenwärtig erleben, ist eine selbstbestimmte "Politik der Lebensführung" unabdingbar.

### WELCHE RESSOURCEN BRAUCHEN HERANWACHSENDE ZUR PRODUKTIVEN LEBENSBEWÄLTIGUNG IN EINER SOLCHEN GESELLSCHAFT?

Welche Ressourcen benötigen nun Heranwachsende, um selbstbestimmt und selbstwirksam ihre eigenen Weg in einer so komplex gewordenen Gesellschaft gehen zu können? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich die folgenden Verwirklichungschancen nennen:

1. Urvertrauen zum Leben
2. Dialektik von Bezogenheit und Autonomie
3. Entwicklung von Lebenskohärenz
4. Schöpfung sozialer Ressourcen durch Netzwerkbildung
5. Materielles Kapital als Bedingung für Beziehungskapital
6. Demokratische Alltagskultur durch Partizipation
7. Selbstwirksamkeitserfahrungen durch Engagement

- Für die Gewinnung von Lebenssouveränität ist lebensgeschichtlich in der Startphase des Lebens ein Gefühl des Vertrauens in die Kontinuität des Lebens eine zentrale Voraussetzung, ich nenne es ein *Urvertrauen zum Leben*. Es ist begründet in der Erfahrung, dass man gewünscht ist, dass man sich auf die Personen, auf die man existentiell angewiesen ist, ohne Wenn und Aber verlassen kann. Es ist das, was die Bindungsforschung eine sichere Bindung nennt, die auch durch vorübergehende Abwesenheit von Bezugspersonen und durch Konflikte mit ihnen nicht gefährdet.
- Eine Bindung, die nicht das Loslassen ermutigt ist keine sichere Bindung, deswegen hängt eine gesunde Entwicklung an der Erfahrung der *Dialektik von Bezogenheit und Autonomie*. Schon Erikson hat uns aufgezeigt, dass Autonomie nur auf der Grundlage eines gefestigten Urvertrauens zu gewinnen ist. Die Psychoanalytikerin Jessica Benjamin hat in ihrem so wichtigen Buch „Die Fesseln der Liebe“ deutlich gemacht, dass sich gerade im Schatten der Restbestände patriarchaler Lebensformen Frauen und Männer in je geschlechtsspezifischer Vereinseitigung dem Pol Bezogenheit oder Autonomie zuordnen und so die notwendige Dialektik zerstören. Herauskommt das Jammergeheul misslingender Beziehungen: „Du verstehst mich nicht!“
- Lebenskompetenz braucht einen *Vorrat von „Lebenskohärenz“*. Aaron Antonovsky hat in seinem salutogenetischen Modell nicht nur die individuelle identitäts- und gesundheitsbezogene Relevanz des „sense of coherence“ aufgezeigt, sondern auch Vorarbeiten zu einem Familienkohärenzgefühl hinterlassen. Werte und Lebenssinn stellen Orientierungsmuster für die individuelle Lebensführung dar. Sie definieren Kriterien für wichtige und unwichtige Ziele, sie werten Handlungen und Ereignisse nach gut und böse, erlaubt und verboten. Traditionelle Kulturen lassen sich durch einen hohen Grad verbindlicher und gemeinsam geteilter Wertmaßstäbe charakterisieren. Individuelle Wertentscheidungen haben nur einen relativ geringen Spielraum. Der gesellschaftliche Weg in die Gegenwart hat zu einer starken Erosion immer schon feststehender Werte und zu einer Werteppluralisierung geführt. Dies kann als Freiheitsgewinn beschrieben werden und hat dazu geführt, dass die Subjekte der Gegenwart als „Kinder der Freiheit“ charakterisiert werden. Die „Kinder der Freiheit“ werden meist so dargestellt, als hätten sie das Wertesystem der Moderne endgültig hinter sich gelassen. Es wird als „Wertekorsett“ beschrieben, von dem man sich befreit habe und nun könnte sich jede und jeder ihren eigenen Wertecocktail zurecht mixen. Das klingt nach unbegrenzten Chancen der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Aber diese Situation be-

schreibt keine frei wählbare Kür, sondern sie stellt eine Pflicht dar und diese zu erfüllen, erfordert Fähigkeiten und Kompetenzen, über die längst nicht alle Menschen in der Reflexiven Moderne verfügen.

- Wenn wir die sozialen BaumeisterInnen unserer eigenen sozialen Lebenswelten und Netze sind, dann ist eine spezifische Beziehungs- und Verknüpfungsfähigkeit erforderlich, nennen wir sie *soziale Ressourcen*. Der Bestand immer schon vorhandener sozialer Bezüge wird geringer und der Teil unseres sozialen Beziehungsnetzes, den wir uns selbst schaffen und den wir durch Eigenaktivität aufrechterhalten (müssen), wird größer. Nun zeigen die entsprechenden Studien, dass das moderne Subjekt keineswegs ein "Einsiedlerkreb" geworden ist, sondern im Durchschnitt ein größeres Netz eigeninitiiertes sozialer Beziehungen aufweist, als es seine Vorläufergenerationen hatten: Freundeskreise, Interessengemeinschaften, Nachbarschaftsaktivitäten, Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen. Es zeigt sich nur zunehmend auch, dass sozioökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen offensichtlich besondere Defizite aufweisen bei dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiativen Beziehungsarbeit. Die sozialen Netzwerke von ArbeiterInnen z.B. sind in den Nachkriegsjahrzehnten immer kleiner geworden. Von den engmaschigen und solidarischen Netzwerken der Arbeiterfamilien, wie sie noch in den 50er Jahren in einer Reihe klassischer Studien aufgezeigt wurden und in der Studentenbewegung teilweise romantisch überhöht wurden, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das "Eremitenklima" ist am ehesten hier zur Realität geworden. Unser "soziales Kapital", die sozialen Ressourcen, sind ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zu "ökonomischem Kapital". Für offene, experimentelle, auf Autonomie zielende Identitätsentwürfe ist die Frage nach sozialen Beziehungsnetzen von allergrößter Bedeutung, in denen Menschen dazu ermutigt werden, also sie brauchen „*Kontexte sozialer Anerkennung*“. Da gerade Menschen aus sozial benachteiligten Schichten nicht nur besonders viele Belastungen zu verarbeiten haben und die dafür erforderlichen Unterstützungsressourcen in ihren Lebenswelten eher unterentwickelt sind, halte ich die gezielte professionelle und sozialstaatliche Förderung der Netzwerkbildung bei diesen Bevölkerungsgruppen für besonders relevant.
- Ein offenes Identitätsprojekt, in dem neue Lebensformen erprobt und eigener Lebenssinn entwickelt werden, bedarf *materieller Ressourcen*. Hier liegt das zentrale und höchst aktuelle sozial- und gesellschaftspolitische Problem. Eine Gesellschaft die sich ideologisch, politisch und ökonomisch fast ausschließlich

auf die Regulationskraft des Marktes verlässt, vertieft die gesellschaftliche Spaltung und führt auch zu einer wachsenden Ungleichheit der Chancen an Lebensgestaltung. Hier holt uns immer wieder die klassische soziale Frage ein. Die Fähigkeit zu und die Erprobung von Projekten der Selbstorganisation sind ohne ausreichende materielle Absicherung nicht möglich. Ohne Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensprozess in Form von sinnvoller Tätigkeit und angemessener Bezahlung wird Identitätsbildung zu einem zynischen Schwebestand, den auch ein "postmodernes Credo" nicht zu einem Reich der Freiheit aufwerten kann. Dieser Punkt ist von besonderer sozialpolitischer Bedeutung. In allen Wohlfahrtsstaaten beginnen starke Kräfte die konsensuellen Grundlagen der Prinzipien der Solidargemeinschaft zu demontieren. Das spricht Zygmunt Bauman in seiner Analyse an: "Der Sozialstaat war darauf ausgerichtet, eine Schicksalsgemeinschaft dadurch zu institutionalisieren, dass seine Regeln für jeden Beteiligten (jeden Bürger) gleichermaßen gelten sollten, so dass die Bedürftigkeit des einen verrechnet würde mit dem Gewinn des anderen". Wie Bauman aufzeigt, gefährdet gegenwärtig der universalisierte Kapitalismus und seine ökonomische Logik pur das Solidarprinzip: "War der Aufbau des Sozialstaates der Versuch, im Dienste der moralischen Verantwortung ökonomisches Interesse zu mobilisieren, so decouvriert die Demontage des Sozialstaates das ökonomische Interesse als Instrument zur Befreiung des politischen Kalküls von moralischen Zwängen" (ebd.). Dramatische Worte wählt Bauman für das erkennbare Resultat dieses "Paradigmenwechsels": "Die gnadenlose Pulverisierung der kollektiven Solidarität durch Verbannung kommunaler Leistungen hinter die Grenzen des politischen Prozesses, die massive Freigabe der Preisbindung bei lebenswichtigen Gütern und die politisch geförderte Institutionalisierung individueller Egoismen zum letzten Bollwerk sozialer Rationalität zu haben, ..., (hat) ein veritables 'soziales München' bewirkt" (1993). Die intensive Suche nach zukunftsfähigen Modellen "*materieller Grundsicherung*" ist von höchster Wertepriorität. Die Koppelung sozialstaatlicher Leistungen an die Erwerbsarbeit erfüllt dieses Kriterium immer weniger.

- Nicht mehr die Bereitschaft zur Übernahme von fertigen Paketen des "richtigen Lebens", sondern die *Fähigkeit zum Aushandeln* ist notwendig: Wenn es in unserer Alltagswelt keine unverrückbaren allgemein akzeptierten Normen mehr gibt, außer einigen Grundwerten, wenn wir keine Knigge mehr haben, der uns für alle wichtigen Lebenslagen das angemessene Verhalten vorgeben kann, dann müssen wir die Regeln, Normen, Ziele und Wege beständig neu aushandeln. Das kann nicht in Gestalt von Kommandosystemen erfolgen,

sondern erfordert demokratische Willensbildung, verbindliche Teilhabechancen im Alltag, in den Familien, in der Schule, Universität, in der Arbeitswelt und in Initiativ- und Selbsthilfegruppen. Dazu gehört natürlich auch eine gehörige Portion von Konfliktfähigkeit. Die "demokratische Frage" ist durch die Etablierung des Parlamentarismus noch längst nicht abgehakt, sondern muss im Alltag verankert werden.

- Hier hängen Verwirklichungschancen eng mit der Idee der Zivilgesellschaft zusammen. Diese lebt von dem Vertrauen der Menschen in ihre Fähigkeiten, im wohlverstandenen Eigeninteresse gemeinsam mit anderen die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Zivilgesellschaftliche Kompetenz entsteht dadurch, „dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, daß man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgerinnen und Bürgern dies ermöglichen" (Ottawa Charta 1986).

Mir war es wichtig, zunächst inhaltliche Orientierungen zu geben, die bei der Beantwortung der Frage „Quo vadis Erziehungsberatung“ nach meiner Auffassung essentiell sind. Sog. „Frühe Hilfen“ lassen sich hier durchaus zuordnen, aber dieses Stichwort will ich eher dazu nutzen, über eine strategische Positionierung der Erziehungsberatung einem aktuell-politisch hochbrisanten Feld nachzudenken.

Ich war im Frühjahr bei der bayerischen Sozialministerin Christa Stewens, um mit ihr über Themen des anstehenden Kinder- und Jugendberichtes zu sprechen und ihre Auffassung zu einigen wichtigen Themen zu hören (ebenso gab es Besuche bei sozialdemokratisch geführten Sozialministerien wie etwa Rheinland-Pfalz). Als wir bei der Frage angelangt waren, wie der Bereich der überall anstehenden Verbesserung der Frühen Hilfen in lokalen Netzwerken optimiert werden könnte, ohne dass Zwangsinstrumente eingesetzt werden müssten, stellte ich der Ministerin die Frage, ob nicht das System der flächendeckend ausgebauten Erziehungsberatung hier eine wichtige koordinierende Funktion übernehmen könnte, statt eine neue Struktur aufzubauen, war sie überrascht, dass diese Idee nicht schon in ihrem eigenen Hause geprüft worden ist. Allerdings scheint es mir erforderlich erst einmal genauer jenes Feld genauer zu inspizieren, das mit Frühen Hilfen überschrieben wird.

In den letzten Monaten hat sich in der Öffentlichkeit erkennbar ein Wandel vollzogen: Es wird über unsere Kinder und über neue Formen der Kinderbetreuung gesprochen. Bisher hatte man den Eindruck, dass weder die geringe Geburtenrate in Deutschland noch die Lebenssituation der vorhandenen Kinder ein Thema mit politischer Priorität wären. Der ehemalige Kanzler Gerhard Schröder hatte vor den Adoptionen, zu der sich seine Frau und er entschlossen hatten, dafür den Begriff „Gedöns“. Die heißen ideologischen Debatten um den Wert der Familie haben einer gezielten Förderung von Kindern und ihren Familien nicht gerade geholfen. Vielleicht funktioniert unsere Gesellschaft nicht anders: Da müssen erst dramatische Dinge passieren wie mit dem kleinen Kevin in Bremen – und München hat ja durchaus auch einiges zu bieten – und in den Medien ausagiert werden, dass dann auch politischer Handlungsdruck entsteht. Auf einmal in das „Kindeswohl“ in aller Munde. In meiner Einschätzung gibt es drei prinzipiell unterschiedliche Zugänge, die durchaus ein paar Überschneidungen haben können:

1. Kindeswohl als staatliche Kontrollaufgabe
2. Kindeswohl durch Risikoprävention und
3. Gesundheitsförderung als Ressourcenförderung

*Zu 1: Kindeswohl als staatliche Kontrollaufgabe.* Jedes Kind, das misshandelt und vernachlässigt wurde oder gar zu Tode kommt, berührt uns und zwangsläufig entstehen Fragen, ob eine solche Entwicklung hätte verhindert werden können. Hätte man nicht eingreifen müssen und ist es nicht letztlich Aufgabe eines modernen Rechts- und Sozialstaates, die Würde und Unversehrtheit menschlichen Lebens zu sichern. Gegenwärtig konzentriert sich der öffentliche, politische und ein Teil des fachlichen Diskurses auf die Optimierung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten. Zwei Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten haben stattgefunden (am 17.12.2007 und am 12.06.2008). Am 13. Juni 2008 hat dann Frau Merkel vor der Presse erklärt: „Durch Verschärfung des § 8a im SGB VIII werden auch Schritte zur Konkretisierung der Pflichten des Jugendamtes eingeleitet. Hier sind auch sehr viele Gespräche geführt worden, damit besser sichergestellt wird, dass das Jugendamt das Kind und die Eltern sowie die persönliche Umgebung des Kindes besser in Augenschein nehmen kann“. Was dieser Beschluss im einzelnen bedeutet, wird erst der entsprechenden Gesetzesnovellierung zu entnehmen sein. Die Diskurse laufen weiter: Von Pflichtuntersuchungen mit Sanktionsdrohungen, wenn sie nicht wahrgenommen werden, über Frühwarnsysteme bis hin zu effektiveren Kooperationsformen der Jugendhilfe wird ein breites Maßnahmenbündel diskutiert. Es werden Pläne entwickelt, die kommunalen Ressourcen für Jugendhilfemaßnahmen schwerpunktmäßig zur Optimierung des Kontrollsystems zu nutzen und dafür an anderer Stelle Investi-

tionen zu reduzieren<sup>1</sup>. Diese Schwerpunktsetzung passt zu einem Umbau staatlichen Handelns, das sich immer mehr von Sicherheitsprinzipien leiten lässt und von einer Weltsicht bestimmt ist, die überall Bedrohungen sieht.

*Zu 2: Kindeswohl durch Risikoprävention.* Neben dieser Perspektive der eher repressive Kontrolle von Familien, die man als Entstehungsherd für Devianz, gibt es Programme, die aus der Kenntnis spezifischer Entwicklungsrisiken vor allem in der frühen Kindheit gezielte Präventionsstrategien einsetzen. Da gibt es „Opstapje – Schritt für Schritt“ zur Verbesserung der Erziehungskompetenz oder „HIPPY“, ein Programm zur Sprachförderung entwickelt. Das Projekt MAJA qualifiziert Hebammen für familienpädagogische Aufgaben. Und es gibt das Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“. In einer Presseerklärung zu diesem Bundesprojekt wird als Ziel genannt: „Kinder retten, bevor es zu spät ist. Deshalb sollen Familien von der Geburt des Babys an besser betreut werden. Damit es erst gar nicht zu Misshandlungen kommt – und Kevin aus Bremen ein Einzelfall bleibt“. Am konsequentesten ist der Ansatz der Stadt Dormagen. Da wird es jedes neu geborene Kind zum Anlass für einen Besuch einer Sozialarbeiterin. Es geht um ein niedrigschwelliges Angebot, das möglichst nah an der Lebenswelt der Familien angesiedelt ist.

*Zu 3: Gesundheitsförderung als Ressourcenförderung.* Aber es gibt Alternativen, die ins Zentrum die Ressourcenförderung von Kindern und Familien im Sinne der Salutogenese rücken und die danach fragen, welche Rechte von Kindern auf Gesundheit, Bildung, materielle Grundsicherung, soziale Einbindung und ökologisch notwendige Lebensbedingungen gesichert werden müssen. Die UNO-Kinderrechte müssen verbindlich und nicht nur als Absichtserklärung ernst genommen werden. Bildungsarmut und mangelnde Gesundheit sind in hohem Maße an prekäre Lebensbedingungen geknüpft, die sich unter den Voraussetzungen einer neoliberal geprägten Politik ständig verschärfen. Wir brauchen stattdessen eine Förderung von Kindern und ihren Familien im Sinne materieller Grundsicherung für alle Kinder und einer umfassenden frühen psychosozialen Förderung entsprechend den Empowermentprinzipien und den sich bewährenden Strategien von Kindertageszentren oder Early-Excellence-Projekten und den Mehr-Generationenhäusern, die neben der gezielten Förderung kindlicher Ressourcen auch zivilgesellschaftlichen Prozesse in den Stadtvierteln und Regionen entwickeln, die in einer individualisierten Gesellschaft nicht mehr problemlos gegeben sind.

---

<sup>1</sup> Die gestern anwesende Jugendamtsleiterin von München vertritt z.B. offensiv diese Position. Der Stadtrat einer Vorlage zugestimmt, für die sie die Federführung hatte. In ihr heißt es: „alle Familien mit besonderen Risiken werden anhand eines geeigneten System sozialer Indikatoren ermittelt und dauerhaft und systematisch beobachtet“ (Beschluss Dezember 2007). In einem Vortrag aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des SOS-Beratungs- und Familienzentrums in München hat Maria Kurz-Adam am 29.06.2007 diese Position schon vorbereitet.

Der gegenwärtig dominierende Diskurs zu frühen Hilfen und die Praxis früher Hilfen wirft mindestens so viele Probleme auf wie er zu lösen vorgibt. Wir können gegenwärtig beobachten, dass durchaus legitime Überlegungen und Strategien zur Optimierung des Kinderschutzes, die sich von den Horrorbildern extremer Formen von Kindesvernachlässigung mit Todesfolgen leiten lassen, das Aufgabenfeld früher Hilfen perspektivisch gefährlich einengen. Die Konzepte bekommen eine defensive Logik: Es soll etwas verhindert werden und es sollen alle Möglichkeiten gebündelt werden, dies zu erreichen. Die Abwehr von Terroranschlägen ist dafür ein Beispiel. Kein Mensch würde widersprechen, dass nach den Erfahrungen des 11. September 2001 und späterer Anschläge alle Maßnahmen zu prüfen waren, die zu einer Verringerung der Gefahren geeignet sind. Entstanden ist aber teilweise ein sicherheitspolitischer Tunnelblick mit einer unvorstellbaren Steigerungslogik. Heute werden Vorgehensweisen zur Debatte gestellt und zunehmend auch umgesetzt, die immer mehr Privatheits- und Freiheitsrechte auf dem Altar der Sicherheit opfern. Die Option Sicherheit wird aus einem tiefliegenden Angstpotential gespeist. Die gesellschaftlichen Strukturveränderungen, deren Folgen Ulrich Beck frühzeitig als „Risikogesellschaft“ beschrieben hat, haben uns Orientierungsverluste, Deregulierungen und viele Zukunftsängste beschert, die offensichtlich nicht nur vorübergehend aufkommen, bis wir wieder stabile gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen haben, sie scheinen eher zu einem Dauerzustand zu werden. Fast zwei Drittel der Bundesbürger hat das Gefühl, die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr zu begreifen oder sie gar beeinflussen zu können. Auf dem Hintergrund wird aus der Risikogesellschaft eine „Sicherheitsgesellschaft“ (so Tobias Singelstein und Peer Stolle (2008), die von einem neuen Typus sozialer Kontrolle bestimmt ist. Sie vertraut immer weniger sozialintegrativen Wohlfahrtsstrategien und legt ein Netz ständig erweiterten Überwachungs- oder Monitoringtechnologien über unsere Gesellschaft. Jetzt sind es nicht nur Bundestrojaner, die uns drohen, sondern wirklich auch seit Freitag miniaturisierte Monitore. Abhören und Kontrolle der elektronischen Informationskanäle reicht nicht. In einer Welt der Bilder wollen Sicherheitskräfte auch über laufende Bilder verfügen und so kommt es wohl zu einem Sicherheitsvoyeurismus. Sie werden sich fragen, ob ich noch beim Thema bin. Ich denke schon, denn auch in den Diskursen zu den frühen Hilfen zeigt sich die Logik der Sicherheitsgesellschaft, die den Blick auf das gesamte Feld notwendiger Ansatzpunkte für frühe Hilfen verstellen kann und deren fragwürdige Konsequenzen kaum thematisiert. Einige von ihnen möchte ich noch einmal benennen und zuspitzen:

1. Alle Diagnose- und Interventionssysteme, die nicht durch das Hilfesuchverhalten betroffener Personen in Aktion treten, aber auch diese gehen von „Normalitätsunterstellungen“ aus. Diese bleiben in den gegenwärtigen Diskursen

weitgehend ungenannt, aber sie existieren. Gehen sie von einer Pluralität möglicher Normalitäten in einer postmodernen Gesellschaft aus oder von der Figur des leistungswilligen und zuverlässigen Subjekts? Werden kulturelle Differenzen berücksichtigt? Wird gar die Resilienzforschung beachtet, die uns ja erstaunliche Biographien trotz teilweise dramatischer Lebensbedingungen aufgezeigt hat.

2. Risikokonstellationen müssen diagnostiziert werden und wenn die Risiken – dem Anspruch nach – vollständig erfasst werden sollen, bedarf eines lückenlosen screenings. Hier kann auch das Prinzip Freiwilligkeit nicht mehr gelten. Das allein würde ja schon eine „Zone des Verdachts“ erzeugen: Wer sein Kind dem screening vorenthält, hat sicher etwas zu verbergen. Aber auch wenn dann „Risikopopulationen“ definiert sind, ist die „Situation des Verdachts“ gegeben.
3. Aus der Psychologie wissen wir, dass Diagnostik und Intervention eng miteinander verzahnt sein müssen, eigentlich überhaupt nicht zu trennen sind. Wie aber sollen flächendeckende Interventionen aussehen, wenn nur eine Verdachtsdiagnostik vorliegt und kein Hilfeersuchen der betreffenden Personen oder Familien signalisiert wird. Wird das ein von der GSG9 begleiteter Besuch werden?
4. Im Zusammenhang mit einer Verdachtsdiagnostik steht die Gefahr des „Labeling“ - mit Effekten auf der professionellen wie auch auf der Betroffenen-seite: Einer Familie oder einem Kind mit der Annahme zu begegnen, dass sie ein „Risiko“ darstellen, erzeugt eine spezifische professionelle Grundhaltung. Auch die Betroffenen werden etwas von dieser Grundhaltung spüren. Subtile Etikettierungsprozesse sind hier zu befürchten. Ein „labeling“-Effekt tritt natürlich auch ein, wenn aus der begründeten Verdachtsdiagnostik kein wirkliches Hilfsangebot folgt.
5. Eine besondere Konsequenz der Selektion von „Problemfällen“ ist das, was im englischen als „blaming the victim“ bezeichnet wird. Damit wird thematisiert, dass ein individualisierendes und pathologisierendes Wahrnehmungsraster die Gefahr birgt, dass eine komplexe gesellschaftliche Problemsituation, vor allem die von Armut und mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe, den Individuen selbst zur Last gelegt wird. Sie verhalten sich ja fragwürdig und das ist dann auch die Ursache der Probleme.
6. Eine höchst relevante Fachdiskussion umkreist zur Zeit das Thema Exklusion und Inklusion. Vom „abgehängten Prekariat“ spricht die Friedrich-Ebert-Stiftung, von den „Ausgegrenzten der Moderne“ Zygmunt Bauman (Bauman 2005). Wie wir der soziologischen Auslegung des Exklusionsthemas entnehmen können, entsteht hier eine Konstellation auf neuem Niveau, die dadurch

ausgezeichnet ist, dass neben der objektiven Prekaritätsdiagnose eine subjektive Seite beleuchtet wird, die von Bude und Lantermann (2006) als „Exklusionsempfinden“ bezeichnet wird. Diese „gefühlte Exklusion“ ist der Nährboden für Demoralisierung und Hoffnungslosigkeit. Ein solches „Exklusionsempfinden“ kann durchaus durch das Erfasstwerden von einem „Frühwarnsystem“ gefördert werden.

7. Ein letzter Punkt: Die „Sicherheitsgesellschaft“ stellt die defensive Variante des Ordnungstraumes der Moderne dar: Diese hatte und hat den Anspruch, alles Unberechenbare, Uneindeutige, Ambivalente, Fremde und Störende zu beseitigen und eine berechenbare und eindeutige Welt geschaffen. Auch wenn dieser Traum dieser Moderne nur noch selten in naiver Emphase vorgetragen wird, es gibt ihn noch und die Sicherheitsgesellschaft lebt davon. Sie will möglichst Risiken eliminieren und verstärkt dafür ihre Sicherheitssysteme. Schaubildes Gesellschaftsbild kann man so einordnen. Frühe Hilfen reduziert auf Frühwarnsysteme gehören vermutlich auch hierhin.

Nach diesen Überlieferungen ist es keine Überraschung, wenn ich Frühe Hilfen als perfektioniertes Kontrollsystem nicht sinnvoll finde. Elisabeth Helming von Deutschen Jugendinstitut hat es auf den Punkt gebracht: „Alte Denk- und Handlungsmuster der Fürsorge scheinen in einer einseitigen Konzentration der Diskussion von Prävention in Form von Screening und Risikoeinschätzung auf: das gefährdete Kind, das vorrangig das Kind von armen Leuten und Außenseitergruppen ist, das Kind als Objekt der Sorge, statt es im Zusammenhang zu sehen mit den Müttern vor allem, aber auch den Vätern und deren Möglichkeiten und Lebensbedingungen“ (2008, S. 2).

Es muss nach meiner Auffassung um eine umfassende Förderung von Verwirklichungschancen gehen, die bei den Lebensbedingungen der Eltern ansetzt und vor allem die frühen Entwicklungsphasen beachtet. In diesem Rahmen kann die Erziehungsberatung einen hohen Stellenwert bekommen. Die Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung in Bayern hat hier eine überzeugende Positionierung vorgenommen. Sie sieht in den unterschiedlichen Formen von Elternbildung und den Programmen wie STEEP oder SAFE ein gut nutzbares Handwerkszeug. Auf dieser Basis werden dann wichtige strategische Aufgaben der Erziehungsberatung benannt (LAG-Bayern 2007, S. 3 f.):

- „Erziehungsberatungsstellen sind ein wesentlicher Fachdienst der psychosozialen Grundversorgung von Eltern und Kindern. Sie sind flächendeckend in jeder Kommune ... vorhanden und haben ein hohes Expertenwissen ...“.

- „Erziehungsberatungsstellen können ihre Angebote in stärkerem Ausmaß als bisher im Bereich der frühen Hilfen ausbauen oder neu entwickeln. (...) Neue Aufgaben erfordern aber auch neue Mittel.“
- „Dazu ist weiter der kontinuierliche Ausbau des Expertenwissens bezüglich der frühen Hilfen an den Beratungsstellen erforderlich.“
- „Erziehungsberatungsstellen haben ihre besseren Möglichkeiten nicht in einer flächendeckenden ‚Screeningaufgabe‘ bei der Erfassung von Risikofamilien, sondern ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der frühen Hilfen selbst, also der Familienbildung, der beratend-therapeutischen Begleitung von Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern, aber auch der intensiven Beratung der Risikofamilien.“ Dazu ist eine „Gehstruktur in Erziehungsberatungsstellen“ erforderlich.
- „Damit diese Risikofamilien den Weg in die Beratung finden und entsprechend begleitet werden können, ist eine intensive Vernetzung mit Hebammen, Kinderärzten, dem Jugendamt, Tagesmüttern, Kinderkrippen und Kindergärten erforderlich.“

Gerade dieser letzte Punkt scheint mir besonders wichtig. Benötigt werden systematische kommunal-regional ausgelegte Vernetzungen. Das neue Kinderschutzgesetz von Rheinland-Pfalz<sup>2</sup> hat hier einen wichtigen Schwerpunkt gesetzt. Es geht ihm vor allem um eine verbindliche Integration von Angeboten und Leistungen des Jugendhilfe- und des Gesundheitssystems in verbindlichen lokalen Netzwerken. Diese Vernetzung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das Land fördert ihren Aufbau und ihre Arbeit pauschal mit sieben Euro pro Kind für jedes Kind im Bezirk des jeweiligen Jugendamtes, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Hier scheint mir ein Weg beschritten zu werden, der auch von der Kinder- und Jugendberichtskommission deutlich eingefordert werden wird.

## MÜNCHNER ERKLÄRUNG ZUR ERZIEHUNGSBERATUNG

### Münchner Erklärung zur Erziehungsberatung

anlässlich der Fachtagung "Erziehungsberatung zwischen innovativem Anspruch und finanziellem Engpass" am 23./24.09.1994 in München-Neuperlach

Gesellschaftliche Veränderungen stellen an Kinder, Jugendliche und Eltern immer höhere Anforderungen. Hohe Trennungs- und Scheidungsraten, Benachteiligung von

<sup>2</sup> Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) vom 7. März 2008.

Alleinerziehenden, unzureichende Kinderbetreuungsangebote, Suchtgefahren, Gewalt und die wachsende Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sind Beispiele für die Überforderung der Familien. Die Gesellschaft lässt Kinder, Eltern und Familien mit ihren Problemen zunehmend allein. Angesichts wachsender Risiken für die psychische und physische Gesundheit sowie die soziale Integration haben Erziehungsberatungsstellen (EBs) vermehrt die Funktion, die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken und Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung von Familien- und Entwicklungskrisen zu unterstützen. Mehr denn je kommt den Erziehungsberatungsstellen auch eine Lobbyfunktion für Kinder, Jugendliche und Familien zu. Durch die Verankerung der Erziehungsberatung in einem eigenen Passus im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) hat der Gesetzgeber deutlich gemacht, dass er genau dies wollte. Als bürgernahe und unbürokratische psychosoziale Anlaufstelle können sie sensibel die Problemlagen von Familien registrieren und auf sie reagieren. Sie sind damit ein unverzichtbarer Bestandteil der psychosozialen Grundversorgung und in ihrem institutionellen Rahmen abzusichern.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben halten wir folgenden fachlichen Rahmen für erforderlich:

1. Die EB übernimmt Mitverantwortung für die psychosoziale Grundversorgung in einer Region insbesondere nach den §§ 16, 17, 18 Abs. 4 und 28 KJHG und ist eingebunden in die gesamte psychosoziale Versorgung der Region. Sie richtet ihr Konzept jeweils am Bedarf dieser Region aus. Die EB ist auch eingebunden in die fachlichen Diskussionszusammenhänge der Träger, der Region, der Fachöffentlichkeit und der politischen Gremien (fallübergreifende Vernetzung).
2. Unverzichtbare Voraussetzungen von Erziehungsberatung sind: offener und niederschwelliger Zugang, Vertrauensschutz und Wahrung der Anonymität.
3. Bezogen auf den Bedarf werden unterschiedliche fachliche Ansätze angewandt und weiterentwickelt (multidisziplinäres Team).
4. Ausbildung, fachliche und persönliche Qualifikation der Mitarbeiter werden zum einen durch Fortbildung und Supervision und andererseits bezogen auf den Bedarf der jeweiligen Beratungsstelle weiterentwickelt. Entsprechend den verschiedenen Interventionsebenen werden die angemessenen Arbeitsweisen eingesetzt.
5. Die unterschiedlichen Aufgaben und der fachliche Rahmen erfordern eine Mindestgröße der Teams von 4 Mitarbeitern.

6. Die EB hat ein breites Angebot von kurativen und präventiven Arbeitsweisen bereitzuhalten: z.B. Präventionsmaßnahmen, Krisenberatung, Beratung im Sinne von Informationsvermittlung und Umsetzungshilfen, längerfristige therapeutische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Familien und Gruppen, spezifische Beratungsangebote (Zielgruppenorientierung nach Bedarfslagen, z.B. Jugendberatung), Initiierung und Begleitung von Selbsthilfegruppen, Informationsveranstaltungen.
7. Die EBs haben sicherzustellen, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in der Region erreicht werden.
8. Die EB übernimmt eine sozialpolitische Anwaltsfunktion für die Belange der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien in der Region.
9. Der fachliche Rahmen wird auf der Basis einer qualitativen Evaluation der Arbeitsvorgänge weiterentwickelt.
10. Um ihre Aufgaben adäquat erfüllen zu können, ist unserer Erfahrung nach die Pauschalfinanzierung der einzige richtige Weg. Angesichts der Finanznot der Kommunen und Kreise ist es notwendig, dass sich die Länder an der Finanzierung der Erziehungsberatung weiterhin beteiligen.

## LITERATUR

- Antonovsky, A. (1997). *Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit*. Tübingen: dgvt-Verlag.
- Barz, H., Kampik, W., Singer, T. & Teuber, S. (2001). *Neue Werte, neue Wünsche. Future Values*. Düsseldorf/Berlin: Metropolitan.
- Bauman, Z. (2000). *Liquid modernity*. Cambridge: Polity Press.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Berg, C. (1991). "Rat geben". Ein Dilemma pädagogischer Praxis und Wirkungsgeschichte. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 37, S. 709 - 734.
- Böhnisch, L. & Schefold, W. (1985). *Lebensbewältigung. Soziale und pädagogische Verständigung an den Grenzen des Wohlfahrtsstaates*. Weinheim: Juventa.
- Debrunner, H. (1927). *Aufgaben der Erziehungs- und Berufsberatung*. Zürich.
- Dornblüth, F. (1888). *Gesundheitspflege des Kindes. Guter Rat über Mutter- und Pflegerinnen-Pflichten*. Stuttgart: Verlag von August Brettinger.
- Gaschke, S. (2001). *Die Erziehungskatastrophe. Kinder brauchen starke Eltern*. Stuttgart/München: dva.
- Gelatt H.B. (1989). *Positive uncertainty: A new decision-making framework for counseling*. In *Journal of Counseling Psychology*, 36, S. 252 - 256.
- Giddens, A. (1997). *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Haarer, J. (1934). *Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind*. München: Lehmann.
- Haarer, J. (1936). *Unsere kleinen Kinder*. München: Lehmann.

- Helming, E. (2008). Alles im Griff oder Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung? Paradoxien des Präventionsanspruchs im Bereich Früher Hilfen. Vortrag im Rahmen der Fachtagung „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder“ in Tutzing am 20.04.2008.
- Höfer, Renate (2000). Jugend, Gesundheit und Identität. Studien zum Kohärenzgefühl. Opladen: Leske + Budrich.
- Kersten, O. (1941). Praxis der Erziehungsberatung. Ein Handbuch mit Bibliographie. Stuttgart: Enke.
- Keupp, H. & Höfer, R. (Eds.) (1997). Identitätsarbeit heute. Frankfurt: Suhrkamp.
- Keupp, H. (1997). Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen: DGVT.
- Keupp, H. (2001). Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement Heranwachsender. München: SOS Kinderdorf.
- Keupp, H., Ahbe, T., Gmür, W., Höfer, R., Kraus, W., Mitzscherlich, B. & Straus, F. (2006<sup>3</sup>). Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identität in der Spätmoderne. Erweiterte Neuauflage. Reinbek: Rowohlt.
- Kurz-Adam, M. (2007). Intimität und Verantwortung – Zukünftige Herausforderungen an die Erziehungsberatungsstellen. In: Erziehungsberatung aktuell, 2/2007, S. 7 - 15.
- LAG-Standpunkt (2007). Früherkennung von Risikofamilien und frühe Hilfen für Eltern von Säuglingen und Kleinkindern. In: Erziehungsberatung aktuell, 2/2007, S. 2 – 5.
- Lückert, H.-R. (Hg.): Handbuch der Erziehungsberatung. 2 Bände. München/ Basel: Ernst Reinhardt.
- Lutz, B. (1984). Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt: Campus.
- Matthias, A. (1911<sup>11</sup>). Wie erziehen wir unseren Sohn Benjamin? München 1896 (11. Auflage 1911).
- Müller-Freienfels, R. (1937). Kindheit und Jugend. Artung und Entwicklung des werdenden Menschen. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Schreiber, A. (Hg.) (1930). Das Reich des Kindes. Berlin: Deutsche Buch-Gemeinschaft.

